

**1332/J XXIII. GP**

---

**Eingelangt am 09.07.2007**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Anfrage**

des Abgeordneten Dr. Bösch, Strache, Neubauer  
und weiterer Abgeordneter

an die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten  
betreffend eventueller Rechtsverbindlichkeit der Grundrechte-Charta und deren  
Folgen

In der Neuauflage eines Vertragwerks für die Europäische Union soll die  
Grundrechte-Charta durch einen Verweis Rechtsverbindlichkeit erhalten. In dieser  
Grundrechte-Charta werden Menschenrechte aller Art beschworen - vom „Recht auf  
Leben“ über die „Nichtdiskriminierung“ bis hin zur „Sozialen Sicherheit“.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die  
Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten folgende

### **Anfrage:**

1. Sehen Sie die Möglichkeit, im Falle einer möglichen Rechtsverbindlichkeit der  
Grundrechte-Charta das völkerrechtlich garantiierte Recht der Südtiroler auf  
Selbstbestimmung umzusetzen?
2. Wenn ja, warum und wie?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Sind Sie der Meinung, dass eine mögliche Rechtsverbindlichkeit der  
Grundrechte-Charta eine zwingende Abschaffung der Benes-Dekrete in der  
Republik Tschechien zur Folge hätte?
5. Wenn ja, warum und wie?
6. Wenn nein, warum nicht?
7. Sind Sie der Meinung, dass eine mögliche Rechtsverbindlichkeit der  
Grundrechte-Charta eine zwingende Abschaffung der Avnoj-Beschlüsse in  
der Republik Slowenien zur Folge hätte?
8. Wenn ja, warum und wie?
9. Wenn nein, warum nicht?